

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

innerhalb der beteiligten Gruppierungen und Organisationen des Bündnisses „Wir bezahlen nicht für eure Krise“ gibt es lebhaftes Diskussionen über die Demonstration am 12. Juni in Stuttgart. Wir haben im Metallertreff am 16. Juni ebenfalls Bilanz gezogen und wollen das Ergebnis hiermit allen Interessierten mitteilen.

Die Demo war ein großer Erfolg des Antikrisenbündnisses. Wir haben es geschafft, über 20.000 Menschen an diesem Tag zu mobilisieren. In Anbetracht der Bekanntgabe des nächsten Kürzungspakets durch die Merkel-Regierung kam diese Demonstration zum richtigen Zeitpunkt. Es war auch ein Erfolg unserer Arbeit, dass der DGB in Baden Württemberg mit dazu aufgerufen hat.

Die Stimmung der Demoteilnehmer war sehr kämpferisch. Viele hatten eigene Transparente mitgebracht. Die Demo war deshalb ein wichtiger Zwischenschritt für den weiteren Aufbau unseres Bündnisses und für den Aufbau des Widerstands gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf unseren Rücken. Es ist auch gelungen, die Antikrisenproteste mit dem Widerstand gegen Stuttgart 21 zu verbinden.

Allerdings können wir es nicht akzeptieren, dass die Beteiligung des DGB dazu geführt hat, dass Gewerkschaftsfunktionäre Einfluss auf die Rednerliste nehmen, die Hauptkundgebung unter ihre Kontrolle bekommen, bestimmen wer auf der Bühne steht und SPD- und Grüne-Redner einladen.

Vom bundesweiten Sekretariat der Gewerkschaftslinken und vom Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften war Tom Adler als Kundgebungsredner vorgeschlagen worden. Dies wurde in Diskussionen im Krisenbündnis eingebracht und es sprach sich niemand dagegen aus. Trotzdem durfte er dann nicht sprechen. Es wurde auch zu keinem Zeitpunkt im Krisenbündnis erklärt, warum und von wem Tom von der Rednerliste genommen wurde. Auf Nachfrage wurde dann in informellen Diskussionen erklärt, dass der DGB-Landesvorsitzende die Ablehnung von Tom als Redner zur Bedingung für sein Auftreten gemacht hätte.

Wir halten fest, dass die bundesweite Krisenkonferenz im Herbst 2009 und der bundesweite Ko-Kreis die Demos initiiert und organisiert hat und am Ende über die Demo in Stuttgart die Kontrolle an den DGB abgegeben hat. Dafür gab es keinerlei Berechtigung, zumal die Aktivisten des Stuttgarter Krisenbündnisses sehr viel zur Mobilisierung beigetragen haben, sprich vor Betrieben und Bahnhöfen, bei der Bildungsdemo und in den Stadtteilen usw. Flyer verteilt haben.

Wir halten es für ein politisches Unding, dass auf einer Demo mit den Mottos „Wir bezahlen nicht für eure Krise“ und „Nicht auf unserem Rücken“, Parteien Redner stellen dürfen, die Hartz IV, Agenda 2010 und Rente mit 67 verbrauchen haben. Bei keiner einzigen Sitzung des Krisenbündnisses wurde dies im Vorfeld diskutiert, geschweige denn beschlossen.

Es war richtig, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion gnadenlos ausgepöffelt und ausgebuht wurde und auch der Protest gegen die Grünen-Rednerin war voll berechtigt. Die Sprechchöre; „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Wer war mit dabei? Die grüne Partei“; „Hartz IV, das wart ihr“, SPD und Grüne, runter von der Bühne!“ haben den Nagel auf den Kopf getroffen und die Stimmung der Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer zum Ausdruck gebracht. Zurecht hatten die Parkschützer zu einer Protestaktion gegen den SPD-Redner Schmiedel aufgerufen. Seine Aussage, dass die Demo am 12.6. nichts mit S 21 zu tun hätte und S 21 ohnehin nur ein Problem der Bewohner der Halbhöhenlagen sei, war eine Beleidigung der S-21-Gegner und ist völlig inakzeptabel. Es war schwierig genug, den Widerstand gegen Stuttgart 21

und Gewerkschaftsproteste gegen das Sparpaket zusammenzuführen. Dies war am 12.6. erstmalig geglückt. Solche Beleidigungen von Rednern dividieren wieder auseinander. Für Stuttgart ist aber die Bündelung der Widerstandsbewegungen sehr wichtig und notwendig.

Zu den Eier-/Tomatenwürfen: Wir sagen ganz klar, dass hinter dem Hartz-IV-Gesetz weitaus mehr Gewalt gegen Menschen steckt als hinter ein paar Eierwürfen. Die Wut, die sich dadurch entlädt, haben die Politiker selbst zu verantworten.

Wir distanzieren uns von Flaschenwürfen und Gewalt gegen Mit-Demonstranten. Wir müssen diskutieren, wie wir unsere Demos vor solchen destruktiven und gefährdenden Aktionen schützen. Aber es gab keinerlei Rechtfertigung, dass der Polizei die Bühne überlassen wird, um die gesamte Kundgebung zu filmen. Das Hausrecht über die Bühne darf von Gewerkschaften nicht an den Staatsapparat, an unseren Gegner, abgegeben werden. Die Gewerkschaften verlieren Ansehen und Verlässlichkeit, wenn sie mit der Polizei gemeinsame Sache machen.

Wir fühlten uns durch die Aussagen von Moderatorin Leny Breymeier (ver.di-Landesvorsitzende und Mitglied im SPD-Landesvorstand) verhöhnt und kritisieren ihr Verhalten gegenüber den Demoteilnehmern und gegenüber der Hip-Hop-Band „Conscious & Ezzcape“ Leni Breymeier sagte, wer behauptet, die SPD hätte uns verraten, betreibe Geschichtsfälschung. Den Einsatz der Polizei verteidigte sie mit der Aussage, dass es klar sei, von wem die Gewalt ausginge. Sie meinte damit die Demonstranten. Wir meinen: Hartz IV ist Gewalt gegen Millionen Menschen und diese Gewalt fand zuerst statt. Eine Verhöhnung ist ebenso, wenn sie sagt, ihr könnt ruhig pfeifen, wir hier oben sind lauter. Da die übergroße Mehrheit gepfiffen hat, bedeutet diese Aussage, dass die Meinung der Demonstranten überhaupt nicht interessiert. Dies ist eine Missachtung von Mehrheitsmeinungen und Ausdruck von Arroganz und Ignoranz gegenüber der Mitgliedschaft.

Es ist für uns völlig unverständlich, dass die IGM im Landesbezirksvorstand des DGB einem von ver.di eingebrachten Antrag für die Teilnahme des DGB Landesbezirks an der Demo am 12. Juni abgelehnt hat. Spätestens jedoch nach der Bekanntgabe des Kürzungspakets der Merkel-Regierung waren die Erwartungen unter IGM-Betriebsräten, VL und Aktivisten gestiegen, dass die IGM mit zur Demo aufruft. Immerhin gab es die Initiative der IGM-Ortsverwaltung, das Zelt von der Aktion „Operation Übernahme“ auf dem Marktplatz stehen zu lassen und/oder am Samstag eine Aktion zur Kampagne gegen Leiharbeit durchzuführen. Selbst dieser Ansatz musste durch das Eingreifen des Bezirksleiters zurückgenommen werden. Das widerspricht völlig unserem Verständnis innergewerkschaftlicher Demokratie.

Erfreulicherweise haben auch ohne offiziellen Aufruf der IGM viele Kolleginnen und Kollegen aus der IGM an der Demonstration am 12. Juni in Stuttgart teilgenommen. Auch Verwaltungsstellen haben dazu aufgerufen. Es bleibt aber das unguete Gefühl, dass nicht die gesamte IGM hinter der Demo stand. Viele MetallerInnen wünschten sich von Herzen, dass die IGM die Demo zu ihrer Sache macht und fühlten sich von ihrer eigenen Organisation entfremdet, nachdem der offizielle Aufruf ausblieb. Positiv haben wir vermerkt, dass sowohl der 2. Bevollmächtigte (Uwe Meinhardt), also auch der Kassierer (Hansjörg Schmierer) an der Demo dann doch teilnahmen, woraus wir schließen, dass sie, wenn auch spät, doch noch die Notwendigkeit der Demonstration begriffen haben, obwohl sie im Vorfeld diese ablehnten.

Da wir am letzten Bündnistreffen nicht teilnehmen konnten, weil die Einladung erst einen Tag vorher erfolgte, möchten wir euch auf diesem Wege unsere Einschätzung mitteilen. Wir hoffen, dass am 5. Juli, bei der nächsten Sitzung des Bündnisses, es nochmals möglich sein wird, die Erfahrungen auszuwerten und zu debattieren.

Mit solidarischen Grüßen
Metallertreff des Stuttgarter Zukunftsforums